

BADEN-WÜRTTEMBERG

# Landwirte sehen Bienen-Volksbegehren in Baden-Württemberg kritisch

LESEDAUER: 23 MIN



Die Biene im Fokus: Wenn es den Initiatoren des Volksbegehrens für stärkeren Artenschutz in Baden-Württemberg gelingt, 770 000 Unterschriften innerhalb von sechs Monaten zu sammeln, muss sich der Landtag damit befassen. (Foto: dpa)

14. August 2019 | Hagnau

**KATJA KORF**  
Landes-Korrespondentin

[Drucken](#)

Ausgerechnet er soll zum Bienensterben beitragen. Ausgerechnet **Erich Röthenbach**, Obstbauer am Bodensee in dritter Generation. Sein Großvater war Imker, sein Vater Imker, Röthenbach selbst pflanzt Blühwiesen zwischen seinen Obstbäumen, obwohl das wertvolle Anbaufläche kostet.

Ausgerechnet er soll jetzt einer sein, der gegen Bienen ist, gegen Artenschutz und gegen naturnahe Landwirtschaft? Röthenbach steht mit vielen Kollegen in einer Plantage bei Hagnau. Sie haben Presse und CDU-Politiker eingeladen, um ihre Sicht auf die Initiative Pro Biene und deren Volksbegehren nach bayerischem Vorbild zu schildern. Die Stimmung schwankt zwischen Wut, Ungläubigkeit und Resignation. „Ich habe gerade meinen Meisterbrief erhalten. Wenn dieses Volksbegehren durchkommt, ist das nichts mehr wert“, sagt Obstbauer Alexander Rist, und er wirkt, als müsse er sich zusammenreißen – aus Wut oder gar Verzweiflung.



Wenn diese Forderungen so umgesetzt werden, müssen ganz viele Obstbauern und Winzer hier in der Region ihren Betrieb einstellen.

Erich Röthenbach, Obstbauer

Die Botschaft lautet klar und deutlich: „Wenn diese Forderungen so umgesetzt werden, müssen ganz viele Obstbauern und Winzer hier in der Region ihren Betrieb einstellen“, so Röthenbach. Ähnliches schrieben Obstbauern, Winzer und Hopfenpflanzer dieser Tage in E-Mails, offenen Briefen und Mitteilungen an die Landesregierung. Zwei Imker haben die Initiative „Rettet die Bienen“ gestartet. Ihr Vorbild ist Bayern, wo 1,7 Millionen Menschen einen ähnlichen Vorstoß unterstützten. Die Staatsregierung gab dem öffentlichen Druck nach und verabschiedete den Gesetzesentwurf – nur, um ihn wenig später mit Begleitgesetzen ein wenig zu entschärfen. Dennoch hält der Protest der Landwirte dort an.

Im Südwesten unterstützen mittlerweile Naturschutzverbände, Unternehmen und viele andere Organisationen das Volksbegehren. Dort versteht man zwar die Sorgen der Bauern. „Wir nehmen diese Bedenken gerade der kleinen bäuerlichen Betriebe sehr ernst. Sie brauchen Anreize und finanzielle Unterstützung vom Land, um die Umstellungen zu schaffen“, sagt **Thomas Giesinger** vom BUND am Bodensee.



Unbehandelter Apfel: „Das nimmt Ihnen kein Supermarkt oder Discounter ab“, sagt Markus Meier, Obstbauer im Nebenerwerb. (Foto: Katja Korf)

„Aber immer mehr Menschen, gerade junge, wollen eine Agrarwende. Das lässt sich nicht ignorieren. Wir brauchen diesen Kurswechsel dringend, und zwar sowohl bei der Massentierhaltung als auch beim Einsatz von Gülle und Pestiziden.“ Die Unterstützer haben einen Gesetzesentwurf erarbeitet. Die Kernforderungen: 2035 soll auf 50 Prozent aller Felder und Äcker ökologisch gewirtschaftet werden, bis 2025 sollen nur noch halb so viele Pflanzenschutzmittel ausgebracht werden wie heute, in Landschaftschutzgebieten gar keine mehr.

Raimund Haser, naturschutzpolitischer Sprecher der **CDU** im Landtag, hat den Termin am See mit organisiert. Er betont: „Wir debattieren hier ja aber Lösungen für ein Problem, dessen Ausmaß wir nicht genau kennen. Bei mir im Allgäu habe ich in den vergangenen Jahrzehnten kein dramatisches Insektensterben bemerkt.“ Tatsächlich gibt es noch keine exakten Daten für Baden-Württemberg, und regionale Unterschiede existieren. Wissenschaftler etwa vom Landesnaturkundemuseum sehen indes viele Anhaltspunkte dafür, dass sich Ergebnisse zum Artenschwund aus anderen Regionen in den Südwesten übertragen lassen. Genaue Zahlen sollen Untersuchungen liefern, die das Land derzeit durchführen lässt.

→

### **Mehr entdecken: Innenministerium macht Weg frei für Bienen-Volksbegehren**

Pflanzenschutzmittel unterliegen zwar strengen Auflagen und dürfen keine gesundheitsschädlichen Rückstände in Lebensmitteln hinterlassen, drei Bundesbehörden müssen neue Mittel zulassen. Dennoch gilt der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Gülle als ein wichtiger Grund für das Artensterben.

Welche Konsequenzen das weltweite Artensterben hat, betonte zuletzt der Weltbiodiversitätsrat (IPBES). Da heißt es unter anderem: „Der Verlust von Bestäuberinsekten bedroht die Nahrungsmittelproduktion im Wert von 235 bis 577 Milliarden Dollar pro Jahr.“ Auch er nennt als einen der Hauptverursacher die Landwirtschaft weltweit.

Doch **Baden-Württemberg** tut bereits einiges, und zwar mehr als viele andere Regionen weltweit. So machte sich das Land bereits unter der CDU, aber erst recht unter den Grünen früher auf den Weg als Bayern. Der Anteil des Bio-Anbaus liegt heute schon bei 14 Prozent, die Zuwächse sind hoch. Es gibt Förderprogramme für Landwirte, die Pestizide vermeiden, ihre Tiere gut behandeln und den Artenschutz beachten.

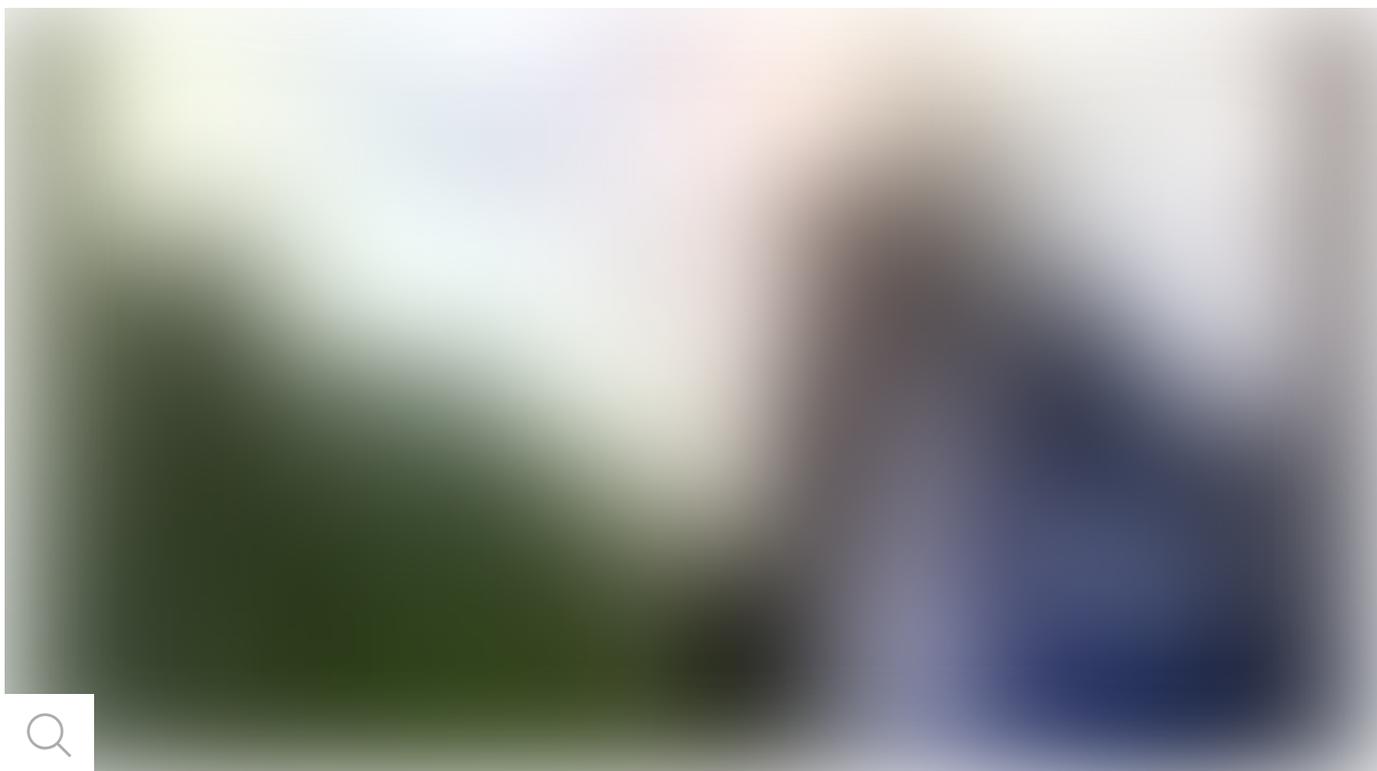


Wir wollen ja etwas ändern, wir sind keine Stillsteher.

Erich Röthenbach, Obstbauer

In Baden-Württemberg gibt es schon heute ein Umbruchverbot für Grünland: Was Wiese war, darf nicht in Ackerland umgewandelt werden. So sollen Insekten mehr Pflanzen finden. Und unter dem Druck des Volksbegehrens haben sich Agrarminister Peter Hauk (CDU) und Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) darauf geeinigt, den Einsatz von Pestiziden um 40 bis 50 Prozent zu reduzieren. Soweit ging nicht einmal das Volksbegehren in Bayern. Der Ökoanteil in der Landwirtschaft soll auf mindestens ein Drittel steigen.

Die Obstbauern und Winzer am See fühlen sich schon jetzt auch von Landwirtschaftsminister Hauk verraten. Denn er hat der Strategie zur Vermeidung der Pflanzenschutzmittel zugestimmt. „Wir wollen ja etwas ändern, wir sind keine Stillsteher“, sagt Obstbauer Röthenbach. Seit Jahren versuchten er und seine Kollegen, den Einsatz von Chemie zu verringern. Duftstoffe sollen Schädlingmännchen verwirren, damit diese ihre Weibchen in den Reben oder Bäumen nicht finden.



Thomas Pfisterer baut Wein nach den Kriterien des Ökoverbands Demeter an. Kupfer und Schwefel dürfte er im Fall eines erfolgreichen Volksbegehrens künftig aber nicht mehr ausbringen. (Foto: Katja Korf)

Die chemischen Mittel würden heute gezielt nur eingesetzt, wenn es einen konkreten Anlass gebe und schon gar nicht wie früher alles töten, was kreuhe und fleuche. Markus Meier, im Nebenerwerb Obstbauer, pflückt einen Apfel. Klein ist der, mit braunen Flecken. „So sehen Äpfel aus Plantagen aus, die nicht behandelt werden“, sagt er. „Das nimmt Ihnen kein Supermarkt oder Discounter ab.“

Fragt man bei Rewe nach, weist ein Sprecher den Vorwurf zurück, auch für die Penny-Märkte. Gerade nach Krisen wie dem Spätfrost 2017 oder der Dürre 2018 habe man Ware mit Schönheitsfehlern verstärkt angeboten. Rewe hat sich aber auch in der Region bereits engagiert, unter anderem in den Artenschutz-Projekten der Obstbauern.

→  
**Mehr entdecken: Das Volksbegehren „Rettet die Bienen!“ startet auch im Südwesten**

Ein Grund für deren Ärger ist, dass sie seit Jahrzehnten selbst aktiv sind. Begleitet von den Universitäten Freiburg und Hohenheim sind zum Beispiel Blühflächen und Bienenhäuser entstanden. Neben Flächen, auf denen die Landwirte Pestizide ausbringen, leben so heute mehr als 120 Wildbienenarten, davon 25 von der Roten Liste der besonders bedrohten Arten. „Ein Nebeneinander von Landwirtschaft und Artenschutz ist möglich, wir haben die Vielfalt sogar vermehrt“, sagt Agrarbiologin Katja Röser, die Projekte am See begleitet.

Die Bauern am See warnen vor weiteren Folgen des Volksbegehrens. Ein Drittel der Anbauflächen am See liegt in Landschaftsschutzgebieten. Dort dürften gar keine

Pestizide mehr ausgebracht werden. Das träfe auch Landwirte wie Thomas Pfisterer. Er baut Wein nach den Kriterien des Ökoverbands Demeter an. Er hat es nicht leicht, denn sein Dachverband unterstützt das Volksbegehren, Pfister selbst ist dagegen. „Ganz ehrlich: Ich muss mit meinen Mitteln öfter spritzen als die Kollegen. Und ohne solche Mittel kann ich hier keinen Wein anbauen.“ Denn Wein und Obst benötigen auch im Ökolandbau Pflanzenschutz, dort sind etwa Kupfer oder Schwefel zugelassen.

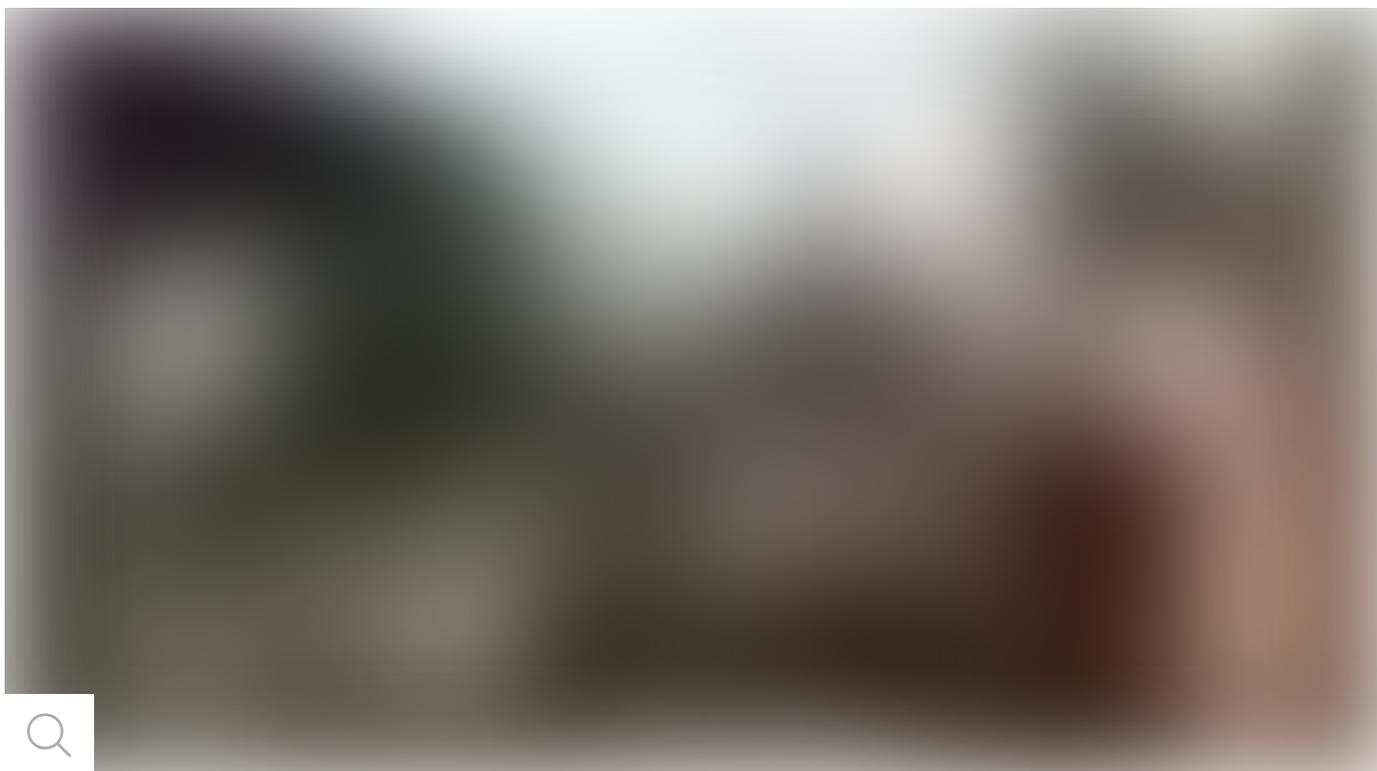


Wir würden ja alle sofort Öko machen, wenn wir dafür mehr Geld bekämen, aber wir bekommen die Ware nicht los.

Markus Meier, Obstbauer

Allerdings könnten die Behörden durchaus Ausnahmen davon zulassen. Die Bauern sind skeptisch, ob das funktioniert. Sie glauben nicht, dass ihnen Verbraucher das Ökoobst abkaufen, wenn bis 2035 die Hälfte der Fläche ökologisch bewirtschaftet werden muss. Nur sechs Prozent Ökoobst lasse sich derzeit verkaufen, der Markt müsse langsam mit der Nachfrage wachsen. Alles andere sei Planwirtschaft: „Wir würden ja alle sofort Öko machen, wenn wir dafür mehr Geld bekämen, aber wir bekommen die Ware nicht los.“ Außerdem würden Sporen von unbehandelten Beständen auch die umliegenden Plantagen infizieren. „Wenn das Volksbegehren kommt und viele Bauern aufgeben, haben Sie hier nur noch braune Blätter. Dann ist die Postkartenidylle dahin“, sagt Obstbauer Meier.

„Postkartenidylle am See, das sind doch nicht die Obstplantagen unter den Hagelnetzen. Da ist nicht natürlich“, entgegnet auf solche Warnungen BUND-Mann Giesinger. Er berichtet von vielen Touristen und Anwohnern, die sich über ständig fahrende Maschinen beschwerten, die Pestizide versprühen. „Natürlich will das niemand.“ Für die Landwirte ist das ein Zeichen für Praxisferne – natürlich fahre man öfter, weil man heute eben nicht einmal mit der großen Giftkeule loslege. Giesinger lobt das Engagement der Obstbauern, hält es aber für zu wenig. „Es geht nicht nur um Blühstreifen und Bienen. Pestizide und Stoffe aus Gülle gelangen ins Grundwasser, das ist erwiesen“, betont Giesinger.



„Ich verstehe die Ängste der Obstbauern und Winzer“, sagt Tanja Holzschuh aus Schelklingen. (Foto: Katja Korf)

Natürlich sei auch der **BUND** auf der Seite der regionalen Bauern – besser Produkte aus heimischem Anbau als welche aus dem Ausland, wo oft weniger auf Umwelt und Artenvielfalt geachtet wird. Dennoch: der Wandel müsse sein. „Immer wenn Umweltverbände Forderungen gestellt haben, gab es jene, die den Untergang des Abendlandes auf sich zukommen sahen. Dabei braucht es einfach Mut und Pioniergeist, um alternative Wege zu finden.“ Darin ist er sich einig mit Agrarbiologin Röser. Die Politik müsse mehr in die Forschung zu solchen alternativen Methoden investieren.

Das Volksbegehren hat alte Gräben neu aufgerissen: jene zwischen Biobauern und Naturschützern auf der einen und konventionellen Landwirten auf der anderen Seite. Einige Bauern argwöhnen, die Naturschutzverbände wollten das Volksbegehren nutzen, um damit um Spenden zu werben. „Damit verdienen wir kein Geld. Dazu ist das Thema zu komplex“, meint BUND-Mann Giesinger. „Wenn wir Spenden wollen, müssen wir Pelztiere wie den Luchs auf Plakate drucken.“ Süßer Flausch öffnet das Portemonnaie, unübersichtliche politische Debatten nicht. Bislang hat das Volksbegehren laut Pro-Biene-Sprecher Sven Prange einen unteren sechsstelligen Betrag gekostet, finanziert mit Spenden.



Getreide an. Damit ist sie von den Problemen der Bauern am See nicht so stark betroffen – Obst, Wein und Hopfen sind erheblich empfindlicher und benötigen daher auch im Bioanbau mehr Pflanzenschutz. Doch in diesen Tagen ist es gar nicht einfach einen Obstbauern zu finden, der sich öffentlich hinter das Volksbegehren stellt, zu scharf wird die Debatte vielerorts geführt. Holzschuh ist überzeugt: „Seit Jahren kommt in der Öffentlichkeit zu kurz, wie sehr sich die Landwirtschaft in Europa auf den Rest der Welt auswirkt“.

Deshalb müsse sich etwas ändern, und zwar gründlich. Aber sie kennt die Nöte der Kollegen. Die Preise für Obst sind im Keller, es gab 2017 viele Ernteausschläge, viele fühlten sich zu Unrecht zu Buh-Männern gemacht für Dinge, von denen Außenstehende gar keine Ahnung hätten. Dazu die ständige Unsicherheit, ob man alle Auflagen einhalten kann, an die wiederum die überlebenswichtigen Subventionen gekoppelt sind. „Ich verstehe die Ängste der Obstbauern und Winzer. Oft sehen sie keinen anderen Weg als auf ihre jetzige Art zu wirtschaften – weil weder Verbände noch Ausbilder ihnen Alternativen aufzeigen“, sagt Holzschuh, aber: „Es ist schade, dass nun mit Extrempositionen Ängste geschürt werden.“

→  
**Mehr entdecken: Lassen sich die Bienen retten, ohne der Biolandwirtschaft zu schaden?**

Holzschuh ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). „Wir haben uns entschieden, das Volksbegehren zu unterstützen. Für uns ist das ein strategisches Ja. Endlich geht mal etwas in die richtige Richtung und schon jetzt ist eine große Dynamik entstanden. Wir wollen das nutzen und vor allem mitgestalten.“ Holzschuh hat sich vorbereitet auf das Gespräch, sich Stichpunkte notiert und mit Kollegen aus dem Verband besprochen. In der jetzigen Lage will sie nicht weiter polarisieren, nur nicht weiter zum Streit innerhalb der Landwirtschaft beitragen.



Bienen sind wichtig – für uns und unsere Umwelt. Sie bestäuben einen Großteil aller Nutz- und Wildpflanzen. Die Honigbiene ist hauptverantwortlich für gute Ernten und ökologische Artenvielfalt. Genau deshalb ist es wichtig, dass schon Kinder lernen, wie Bienen leben und arbeiten. Aber auch für Erwachsene ist das interessant – genau deshalb hat sich Sarah Schleibinger ein ganz besonderes Bienenvolk angeschaut - in der Sinn-Welt in Biberach.

„Wir dürfen dieses Thema nicht den Imkern oder der Politik überlassen, wir als Landwirte wollen mitgestalten und die Dinge in die richtige Richtung lenken. Dazu braucht es bäuerliche Erfahrung und Wissen“, erklärt sie einen Hauptgrund, warum die AbL das Volksbegehren unterstützt. Viel zu lange hätten sich die Bauern auseinanderdividieren lassen – von einer verfehlten Agrarpolitik. „Wachsen oder weichen – das galt doch jahrzehntelang als Leitgedanke der Landwirtschaft, und die Agrarpolitik hat das jahrzehntelang gefördert. Kein Landwirt würde sich weigern, anders zu arbeiten, wenn er dafür belohnt wird. Es werden aber weiter die falschen Anreize gesetzt.“ Auch in der Ausbildung und den großen Bauernverbänden werde jungen Landwirten nur ein Weg gewiesen: der konventionelle. Auch deshalb sei die Verzweiflung bei vielen groß, weil sie eben keine Alternativen zur jetzigen Wirtschaftsweise sähen.

Ab Mitte September haben die Initiatoren von Pro Biene nun sechs Monate Zeit, 770 000 Unterschriften zu sammeln. Wenn das gelingt, muss sich der Stuttgarter Landtag damit befassen. Lehnt er den Entwurf ab oder präsentiert einen eigenen, kommt es zu einem Volksentscheid. Dann stimmen die Wähler über die beiden Alternativen ab.

→  
**Mehr entdecken: Landwirtschaftsminister kritisiert Gesetzesentwurf von „Rettet die Bienen“**

→

## Mehr entdecken: **Landwirte wollen keine Sündenböcke für den Umweltschutz sein**



0 Kommentare

**schwäbische**  
© Schwäbischer Verlag 2019